

10 Jahre nach 9/11: Neue Weltordnung

von Niels Annen, Kai Burmeister, Cordula Drautz, Michael Reschke und Thilo Scholle

Der Begriff der „neuen Weltordnung“ wurde in den letzten 20 Jahren in den öffentlichen Debatten des Öfteren verwandt: Galt er zunächst im Bezug auf das vermeintliche „Ende der Geschichte“ mit einer einzigen verbliebenen Weltmacht nach dem Zusammenbruch des Ostblocks, wurde er in den letzten zehn Jahren vor allem als Beschreibung der Veränderungen in den Internationalen Beziehungen nach den Anschlägen des 11. Septembers 2001 benutzt.

spw nimmt diesen Jahrestag zum Anlass, um einen genaueren Blick auf die globalen Dynamiken und ökonomischen wie politischen Verschiebungen vorzunehmen, um damit die Ausgangsbedingungen und Perspektiven internationaler Politik auszuloten. Damit wollen wir bewusst die Engführung einer solchen Debatte auf die Fragen von Krieg und internationalen Terrorismus vermeiden. Auch ein nur cursorischer Blick auf die aktuellen Herausforderungen macht deutlich, welche Spannbreite an Entwicklungen in den Blick zu nehmen ist: Diese reicht von der Gestaltung des Welthandels über die globale Umweltzerstörung und die Klimaveränderung, die Bewältigung der Ernährungskrise und den Ausgleich unterschiedlicher ökonomischer Interessen bis hin zu einer globalen Menschenrechts- und Strafrechtspolitik.

Mit der Diskussion über „Islamismus“ und „islamistischen Terrorismus“ ist zudem eine globale Debatte entstanden, die nach der Systemkonfrontation nun eine neue Trennungslinie zu werden droht. Dabei geht es nur in sehr geringem Maße um den tatsächlichen Umgang mit Terrorismus. Geführt wird diese Debatte in den westlichen Ländern meist unmittelbar mit Bezug auf die Einwohnerinnen und Einwohner, denen ein muslimischer Hintergrund zugeschrieben

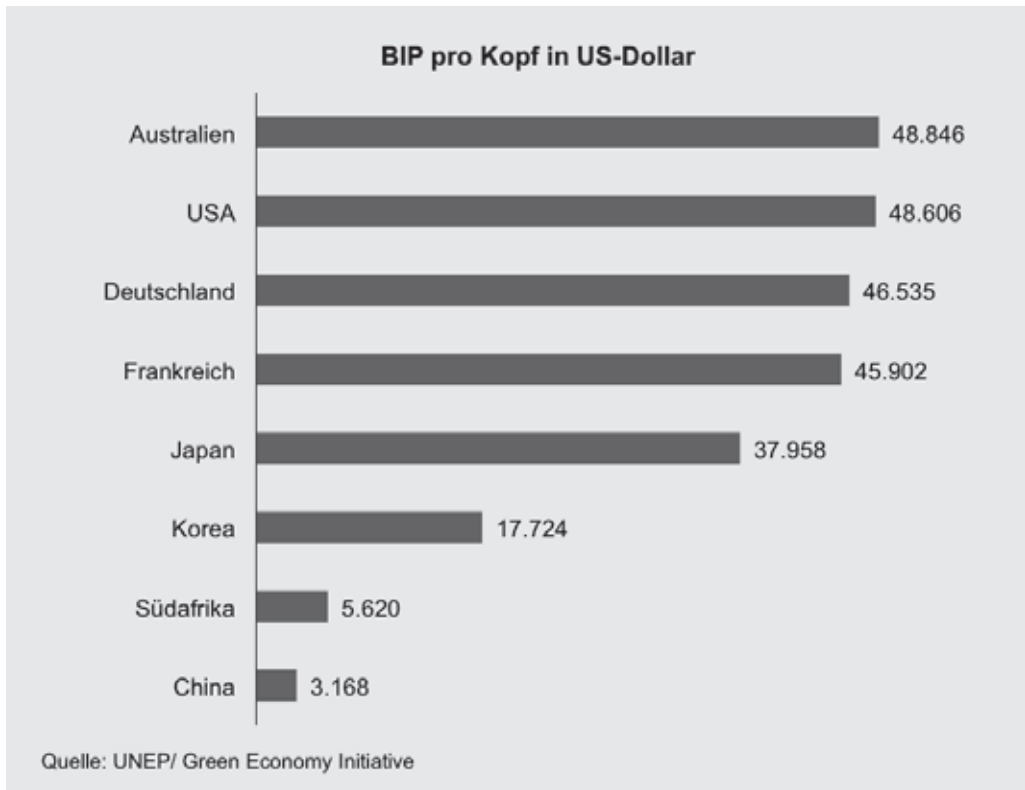
wird, und denen dann fehlende „Integration“ in die westlichen Gesellschaften vorgehalten wird. Zu den Motiven der Debatte gehört auch die Behauptung, Islam und Demokratie oder Islam und Menschenrechte seien per se unvereinbar. Im Ergebnis dient die Debatte vor allem der Ausgrenzung von Menschen und nicht einer konstruktiven Diskussion. Dass diese Debatten aber materielle Folgen haben können, hat nicht zuletzt der Terroranschlag auf die sozialdemokratische Jugend in Norwegen im Sommer 2011 auf besonders drastische Weise deutlich gemacht.

Nord-Süd-Ausgleich als bleibende Herausforderung

Das Verhältnis des Nordens zum Süden ist nach wie vor von Ungleichheit geprägt. Der Abbau wirtschaftlicher Ungleichgewichte auf globaler Ebene zählt somit unverändert zu den wichtigsten Zielen linker Politik. Zwar ist die Akteurskonstellation mit dem Erstarren der Schwellenländer größer geworden, der Abstand zwischen am meisten und am wenigsten entwickelten Ländern hat sich aber noch vergrößert. Deutlich wird der andauernde und auch zukünftig zu erwartende Aufstieg der Schwellenländer unter Berücksichtigung sich verändernder Wachstumszonen.

Heute fällt die Wirtschaftsleistung zwischen den Ländern des Nordens und des Südens stark auseinander. In der Gruppe der 33 am höchsten entwickelten Länder leben zwar nur 15% der Weltbevölkerung, diese erzeugen jedoch mehr als die Hälfte der weltweiten Wirtschaftsleistung. Die übrigen 150 Schwellen- und Entwicklungsländer sind für 46% der Wirtschaftsleistung verantwortlich und beheimaten die große Mehrheit der Erdbevölkerung.

Tabelle 1: BIP pro Kopf in US-Dollar



So fällt die Wirtschaftsleistung pro Kopf zwischen Nord und Süd weit auseinander (Tabelle 1). Während Länder wie die USA, Deutschland, Frankreich und Japan ein BIP pro Kopf zwischen 38.000 und 48.000 US-Dollar erwirtschaften, kommen Länder wie Südafrika und China auf 3.000 bis 5.600 US-Dollar pro Kopf und markieren so die weiterhin vorhandene globale Ungleichheit.

Während die Wirtschaftsleistung zum Höhepunkt der Krise in den USA, der Euro-Zone und Japan rückläufig war, sind insbesondere in Asien Zuwächse zu verzeichnen gewesen. Diese Entwicklung wird sich wahrscheinlich weiter fortsetzen. Bis 2035 wird für die OECD-Staaten mit durchschnittlich zwei Prozent

ein deutlich geringeres Wachstum als für die Nicht-OECD-Staaten mit deutlich über vier Prozent vorhergesagt. Innerhalb der sich entwickelnden Ökonomien sind es eindeutig die asiatischen Länder, in denen ein überdurchschnittliches Wachstum von über fünf Prozent erwartet wird. Es ist zu erwarten, dass rund um das Jahr 2015 die Nicht-OECD-Staaten im gleichen Maße zur weltweiten Wirtschaftsleistung beitragen werden wie die OECD-Staaten (siehe Tabelle 2).

Rolle der Weltmacht USA

Aufgrund ihres unangefochtenen militärischen Vorsprungs werden die USA für die absehbare Zukunft eine Vormachtstellung

Tabelle 2: BIP nach Ländern 2007 – 2035 in Mio. US-Dollar

BIP nach Ländern 2007-2035 in Mio. US-Dollar					
	2007	2015	2025	2035	Durchschnittliche jährliche Veränderungen in % 2007-2035
OECD	36.361	40.819	51.492	63.480	2,0
Nordamerika	15.662	18.081	24.072	31.142	2,5
Europa	14.849	16.208	19.864	23.807	1,7
Asien	5.850	6.530	7.557	8.531	1,4
Nicht OECD	26.769	40.301	63.247	90.179	4,4
Europa/ Eurasien	3.481	4.193	5.731	7.440	2,7
Asien	14.323	24.055	40.307	59.023	5,2
Mittlerer Osten	2.261	3.071	4.473	6.328	3,7
Afrika	2.638	3.639	5.221	7.094	3,6
Zentral- und Südamerika	4.066	5.343	7.516	10.294	3,4
Gesamte Welt	63.130	81.120	114.740	153.658	3,2

(Quelle: IMF World Economic Outlook)

in der Welt behalten. Die kurze Zeit der quasi unangefochtenen „Hypermacht“, darüber ist man sich in Washington im Klaren, ist aber vorbei. Die amerikanische Politik reagiert auf die neuen politischen und ökonomischen Zwänge, indem sie ihr Engagement im Irak und in Afghanistan reduziert. Gleichzeitig findet eine Debatte darüber statt, mit welchen Mitteln die USA ihre Weltmachtstellungen in Zeiten knapper werdender Ressourcen verteidigen können. Barack Obamas „reset“ Politik mit Russland und seine Rede an die arabische Welt müssen daher auch als Versuch gesehen werden, den politischen Spielraum zu erweitern und Amerikas „soft power“ zu stärken. Für die Obama-Administration gilt der Libyen-Einsatz als ein Beispiel künftiger Einsätze: Amerika stellt seine einzigartigen militärischen Ressourcen zur Verfügung, hält sich aber politisch eher im Hintergrund und nimmt seine Verbündeten in die Pflicht. Das ungebrochene militärische Engagement in Asien zeigt aber auch, dass

diese neue Zurückhaltung nicht überall zur Geltung kommen wird.

Das ist vor allem dem zunehmend spannungsgeladenen Verhältnis mit China geschuldet und nicht wenige in Washington plädieren inzwischen für eine aktive „containment“ Politik.

Wie an neuen Formaten wie den G20 abzulesen ist, befinden sich die USA zudem in einer Phase der Neudefinition gegenüber den neuen großen Akteuren wie Indien und Brasilien. Präsident Obama steht dabei vor dem Problem, dass die Finanzkrise die USA nicht nur ökonomisch, sondern auch in ihrer gesellschaftlichen Struktur tief getroffen hat. Die Auseinandersetzungen um den US-Haushalt und den nur knapp abgewendeten Staatsbankrott zeigen zudem, dass sich das politische System der USA zunehmend als dysfunktional herausstellt. Insbesondere konservative Wähler identifizieren Obama

mit dem Niedergang seines Landes, was seine Handlungsfähigkeit stark einschränkt.

Dennoch hat Obama in der Außenpolitik wichtige Akzente setzen können. Mit Russland wurde ein Abrüstungsabkommen unterzeichnet, die Beziehungen zu Indien und Brasilien wurden gestärkt und für Irak und Afghanistan zeichnet sich ein Ende der Kriege ab. Mit den Abkommen über nukleare Sicherheit und dem neuen strategischen Konzept der NATO setzen die USA außerdem stärker auf multilaterale Instrumente. Auch wenn wichtige Vorhaben wie die Schließung des Lagers Guantanamo auf Kuba gescheitert sind, hat die Obama-Administration rhetorisch in der Anti-Terror-Politik abgerüstet, Bush' Angstpolitik beendet und Folter verboten. Eine große Enttäuschung dagegen bleibt die Handlungsunfähigkeit in der Klimapolitik.

Auftauchen Chinas

Chinas wirtschaftlicher Aufstieg stärkt die Rolle Beijings auf dem Feld der internationalen Politik. Das enorme Wachstum erhöht den Bedarf an Rohstoffen, die China durch eine proaktive Diplomatie zu sichern sucht. China beendet damit, graduell - ob gewollter- oder gezwungenermaßen - die Politik der Zurückhaltung von Deng Xiaoping.

Insbesondere in Afrika aber auch in Lateinamerika ist China inzwischen häufig präsender als Europa und ein gefragter Partner bei wirtschaftlicher sowie entwicklungspolitischer Zusammenarbeit. Die chinesische Präsenz führt aber auch zu Spannungen mit der lokalen Bevölkerung, die sich von der massiven Präsenz chinesischer Arbeiter in ihrer Existenz bedroht fühlen. Im Gegensatz zu westlichen Staaten konditioniert China zudem seine Hilfe nicht und gefährdet dadurch Fortschritte bei den Menschenrechten. Und auch im Bezug auf die USA selbst stellen die Chinesen als größter ausländischer Gläubi-

ger amerikanischer Staatsanleihen mittlerweile einen bedeutenden Machtfaktor dar und sein anhaltendes Wirtschaftswachstum erweist sich in der Krise als Stabilitätsfaktor.

Zugleich wächst durch das Macht bewusste Auftreten Chinas das Misstrauen bei den Nachbarn – eine Situation, die Deng stets vermeiden wollte.

Interessant zu beobachten wird auch sein, welche Rolle Japan in Zukunft einnehmen kann und wird. Nach einem kurzen Intermezzo unter Ex-Premier Hatoyama ist Tokio inzwischen wieder eng an die Seite der USA gerückt. Die japanische Wirtschaft hat nach den Schäden durch den Atom-Gau von Fukushima erstaunlich schnell wieder mit der Erholung begonnen. Zugleich scheint jedoch die bereits lang anhaltende strukturelle Stagnation der japanischen Ökonomie weiter bestehen zu bleiben.

Auch insgesamt beginnen sich mit den verschiedenen Zusammenschlüssen der Schwellenländer neue Akteurs- und Einflusskonstellationen beispielsweise im Rahmen der Welthandelsorganisation zu entwickeln. Zu nennen sind hier Indien, Brasilien und Südafrika als neue Akteure, die insbesondere im Rahmen der WTO ernstzunehmende Machtfaktoren geworden sind.

Lage der Europäischen Union

In einem Zustand der Stagnation befindet sich demgegenüber die Europäische Union. Die Krise um Griechenland und die Mittelmeerstaaten hat einmal mehr die schwerwiegenden Konstruktionsfehler der Union deutlich gemacht: das Fehlen einer koordinierten Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die völlig unzureichende makroökonomische Steuerung in der Union. Es ist fast kaum zu glauben, wie führende europäische Regierungen, gerade die der Bundesrepublik, mit ihrem Dogmatismus gerade das Projekt

an den Rande des Scheiterns brachten, das – zu Lasten anderer europäischer Staaten – den Wohlstand der Bundesrepublik bislang maßgeblich mit gefördert hat.

Noch immer ist es zudem nicht gelungen, eine genauere Abstimmung der einzelnen Mitgliedsstaaten in ihrer Außenpolitik zu organisieren, was sich nicht nur im Falle des Libyen-Konfliktes, sondern unter anderem auch bei der Frage nach der Gestaltung der Zukunft des Kosovos zeigte.

Kurz und knapp bleibt auch nach dem Vertrag von Lissabon unklar, wohin die Reise mit dem Projekt Europäische Union eigentlich gehen sollte. Faktisch an vielen Stellen bereits ein staatsähnliches Gebilde, fehlt nach wie vor eine präzise Analyse der Aufgabenverteilungen im europäischen Mehrebenensystem sowie genauso die Diskussion über die Ausgestaltung demokratischer Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen.

Auch innerhalb der deutschen Sozialdemokratie findet eine solche Debatte – anders als beispielsweise in Frankreich – so gut wie nicht statt. Es gilt daher dringend, eine grundlegende europapolitische Debatte aufzunehmen, die neben den Fragen der wirtschafts- und sozialpolitischen Kompetenzen auch die Frage der grundsätzlichen Ausgestaltung der europäischen Union in den Blick nimmt.

Revolutionen in Nordafrika

Als weiterer Hort globaler Dynamisierung müssen die arabischen Umbrüche berücksichtigt werden. Die Revolutionen in Nordafrika und im Nahen Osten haben die gerade in Europa gerne verbreitete These von der angeblichen Inkompatibilität von Islam und Demokratie eindrucksvoll widerlegt. Das gebotene Bild ist dabei allerdings nicht eindeutig: Neben der verhältnismäßig schnellen Vertreibung der alten Eliten wie im Falle Tunesiens stehen lang anhaltende gewalt-

same Auseinandersetzungen wie in Libyen oder in Syrien.

Wie ambivalent die Bundesregierung mit der Situation umgeht zeigt sich unter anderem an den Plänen zum Verkauf von Panzern an Saudi-Arabien.

Unklar ist auch, wie nachhaltig diese Veränderungen sein werden. Getragen wurden sie offensichtlich vielfach von der jungen Generation. Welche politischen Ziele in erster Linie im Mittelpunkt stehen und sich durchsetzen werden, bleibt abzuwarten.

Interessant wird es auch sein zu beobachten, wie sich diese Entwicklungen auf die Möglichkeiten für einen Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern sowie zwischen Israel und den arabischen Nachbarstaaten auswirken wird.

Lateinamerika

Gerade aus linker Perspektive oft in den Blick genommen wird momentan Lateinamerika. Mehr als 50 Jahre nach der kubanischen Revolution und fast 40 Jahre nach dem Beginn der Welle des Neoliberalismus haben sich in der Mehrheit der Staaten Süd- und Mittelamerikas links-orientierte Regierungen gebildet. Die Spannweite ist auch hier groß: Von eher sozialdemokratisch-sozialstaatlich orientierten Modellen wie in Uruguay oder unter der im Jahr 2010 abgewählten Regierungskoalition in Chile über links-populistische Herrscher wie das Ehepaar Kirchner in Argentinien geht das Spektrum bis hin zu links-nationalen Populisten wie Hugo Chavez in Venezuela (siehe auch weitere Beiträge im Heftschwerpunkt).

Verfasstheit des Staatensystems – Rolle der UNO

Über die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen wird seit langem gestritten. In

der Öffentlichkeit konzentriert sich die Debatte dabei oft auf die Ausgestaltung des Sicherheitsrates. Wichtig erscheint aber, auch hier grundsätzlich über die Aufgaben und Rollenverteilung im internationalen System, beispielsweise auch im Bezug auf IWF, Weltbank, WTO sowie die verschiedenen mit Wirtschafts- und Entwicklungspolitik betrauten Unterorganisationen der UNO zu diskutieren. Es ist offensichtlich, dass die UNO ohne erweiterte Kompetenzen gerade im Bereich der Wirtschaftspolitik weiterhin nicht der zentrale Ort für die Aushandlung der Weltordnung sein werden.

Das System der G8 kann hier keine alternative Abhilfe schaffen. Zum einen steht ihr Fortbestand einer Demokratisierung der Weltwirtschaftspolitik entgegen und zum anderen ist durch den Aufstieg und die zunehmende Selbstorganisation der Schwellenländer beispielsweise in der G20 auch fraglich, ob die in der G8 vereinten Staaten überhaupt noch die alleinige Entscheidungsmacht auf diesem Handlungsfeld beanspruchen können oder dürfen.

Entstehung von Staatlichkeit auf internationaler Ebene?

Analytisch lässt sich zudem festhalten, dass das Weltsystem längst nicht mehr nur aus einer Verbindung von Nationalstaaten mit jeweils uneingeschränkter Souveränität besteht. Die Europäische Union, aber auch die Welthandelsorganisation und andere Zusammenschlüsse besitzen längst Kompetenzen, die weit in ursprünglich nur den klassischen Nationalstaaten vorbehaltenen Felder eingreifen, beispielsweise im Bereich der Streitbeilegung.

Zu beobachten ist aber auch, dass demokratische Entscheidungsmöglichkeiten und Prozesse längst nicht uneingeschränkt auf den diversen internationalen Ebenen mitgewachsen sind. In der Regel dominiert

dort ein unmittelbares Aufeinandertreffen verschiedener Interessenvertreter, die kaum Rückkopplung zu politischen Prozessen und Diskursen in den jeweiligen Ländern haben.

Gerade für die politische Linke spannend ist also, wie sich die Prozesse – jenseits eines utopischen Weltstaats – demokratischer, transparenter und nachvollziehbarer gestalten lassen.

Neue internationale Solidarität

Mit dem vorliegenden Heft wollen wir eine kleine Reihe beginnen, die sich Themen der internationalen Entwicklung widmen soll. Den Anfang machen wir mit Südamerika. Asien und Nordafrika sollen 2012 folgen.

Entscheidend wird dabei neben einer Analyse der Lage in der jeweiligen Weltregion die Frage sein, welche Beiträge die regionalen Diskurse und Handlungen für eine solidarische und demokratische Gestaltung der Weltordnung leisten können und welche Anknüpfungspunkte sie für linke Diskurse bieten. ■

☞ Niels Annen arbeitet für das Referat Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin und ist Mitherausgeber der spw.

☞ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär und wohnt in Stuttgart.

☞ Cordula Drautz ist Mitglied der spw-Redaktion und IUSY-Vizepräsidentin.

☞ Michael Reschke ist Chefredakteur der spw.

☞ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion und im Juso-Bundesvorstand.